

Krieg in Nahost: »Ich fühle mich nicht mehr wohl in Deutschland«

Tischgespräch zu Gaza und Nahost

Fünf Menschen mit arabischen Wurzeln treffen sich in einem Berliner Restaurant. Nach über einem Jahr Krieg in Gaza berichten sie von Entfremdung, Auswanderungsplänen und Problemen in der eigenen Community.

Ein SPIEGEL-Gespräch von Dunja Ramadan
24.01.2025, 13.00 Uhr • aus DER SPIEGEL 5/2025

Es ist schwerer als gedacht, einen Ort zu finden, wo man sich mit arabischstämmigen Menschen zu einem Gespräch über Deutschland treffen kann. Der syrische Betreiber eines Cafés hat Sorge, dass die Gruppe in seinem Restaurant »schlecht fürs Business« ist. Er wolle seine jüdischen Gäste nicht vergraulen. Das Treffen findet schließlich im arabischen Restaurant Casalot nahe dem Berliner Hauptbahnhof statt. Es wird abwechselnd Arabisch und Deutsch gesprochen.

Als Erstes trifft Aref Hajjaj aus Bonn ein, er wurde 1943 vor der Staatsgründung Israels in Jaffa geboren. Im Auswärtigen Amt bereitete er Diplomaten auf ihre Einsätze im Nahen Osten vor und begleitete Bundeskanzler und Minister auf Reisen in die Region. Kurz danach kommt die 25-jährige Chemieingenieurin Iman Abu El Qomsan aus Düsseldorf an, die über 80 Familienangehörige in Gaza verloren hat. Aladdin Beiersdorf-El Schallah, 47, gebürtiger Bonner, Islamwissenschaftler und Medizininformatiker mit syrischen Wurzeln, ist Ende November wegen der Nahostpolitik und dem Rechtsruck in der Migrationsdebatte aus der CDU ausgetreten und seitdem parteiloser Stadtrat in St. Augustin in Nordrhein-Westfalen. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Muslime im Landesverband Nordrhein-Westfalen. Leila Rushdi, 37, ist eine ägyptische Datenanalytikerin und Mutter von zwei Kindern. Sie war während des sogenannten Arabischen Frühlings aktiv und lebt seit acht Jahren in Berlin. Sie heißt anders, hat aber Sorge um ihre Kinder und will den gemeinsamen Einbürgerungsprozess nicht gefährden. Nadine Joudi, 29, Pressekoordinatorin für eine NGO, Übersetzerin und freie Autorin, ist 2013 wegen des Krieges in Syrien nach Berlin gekommen. Die Waffenruhe ist nach dem Gespräch zustande gekommen. Der SPIEGEL hat bei den Teilnehmenden im Anschluss des Interviews noch einmal nachgefragt.

DER SPIEGEL 5/2025

Zur Ausgabe

SPIEGEL: Frau Joudi, Sie haben kürzlich in einem Artikel von einer Wanderung in der Sächsischen Schweiz berichtet. Diese, so schreiben Sie, habe Ihr Verhältnis zu Deutschland, dem Land, in dem Sie seit mehr als zehn Jahren leben, komplett verändert. Was ist da passiert?

Joudi: Seit 2016 gehe ich mit syrischen Freunden regelmäßig in Deutschland und Österreich wandern. Wir hatten nie Probleme, aber diesmal, kurz nach dem 7. Oktober, hielt uns die Polizei auf und wollte uns kontrollieren. Das war kein Zufall. Es kam heraus, dass wir den Einwohnern verdächtig vorkamen, weil wir arabisch aussehen und mit Rucksäcken

unterwegs waren. Wir waren fast alle eingebürgert. Aber das war für mich ein Wendepunkt. Ich dachte: Jetzt hat es angefangen. Der Damm bricht.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Joudi: Eine neue Ära der Normalisierung von Islamophobie. Antiarabischen und antimuslimischen Rassismus gab es schon immer, aber jetzt ist er sichtbarer und ungehemmter.

Nadine Joudi, 29: »Ich gehe regelmäßig auf Demos, um meinen Schmerz auszudrücken«

SPIEGEL: Tatsächlich sind nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober, bei dem mehr als 1100 Menschen ermordet wurden, die antimuslimischen Vorfälle in Deutschland sprunghaft angestiegen, wie der Lagebericht der Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit CLAIM zeigt.

Joudi: Ich fühle mich nicht mehr wohl in Deutschland. Ich habe hier zwar meinen Partner und meine Freunde, aber die politische Einseitigkeit im Umgang mit Israel macht mich fertig. Ich gehe regelmäßig auf Demos, um meinen Schmerz über das Leid in Gaza auszudrücken.

SPIEGEL: Frau Rushdi, Sie wollen mit Ihrer Familie sogar auswandern, obwohl die Kinder hier in die Schule gehen, Sie einen guten Job haben.

Rushdi: Ich bin nach Berlin gekommen, weil die Demokratiebewegung in Ägypten gescheitert ist. Aber vor allem, weil Deutschland zu uns gesagt hat: Kommt, wir brauchen dringend ausländische Fachkräfte und Kinder. Meinem Mann wurde bei einer Konferenz in Berlin direkt ein Job angeboten. Wir haben also die Sprache gelernt, wir zahlen Steuern, meine Kinder sind am Gymnasium. Doch ich merkte schnell, dass wir nie ankommen werden.

SPIEGEL: Warum?

Rushdi: 2017, als ich noch Kopftuch trug, saß ich mit meinem kleinen Sohn im Bus und habe mit ihm ein Buch gelesen. Da kam eine Frau zu mir und flüsterte: Schön, dass Sie das machen, hätte ich nicht gedacht. Ich fand das schlimmer als den Hass, den ich sonst abbekam. Weil es zeigt, wie viele hier auf uns blicken: Sie denken, wir wären rückständig und ungebildet.

SPIEGEL: Haben Sie deshalb nach ein paar Jahren hier Ihr Kopftuch abgelegt?

Rushdi: Ja. Meine Kinder haben unter dem täglichen Rassismus gelitten, wir haben auch die Schule gewechselt. Ohne mein Kopftuch dachten viele, ich wäre Israelin, Leute sprachen mich auf Hebräisch an. Auf einmal konnte ich einkaufen, ohne beleidigt oder angespuckt zu werden. Mit Kopftuch wird man gern beschuldigt, etwas gestohlen zu haben. Dann passierte Gaza. Seitdem fühle ich mich wie in einer dystopischen »Black Mirror«-Folge.

SPIEGEL: Was meinen Sie damit?

Rushdi: Ich schaue Nachrichten aus Gaza auf meinem Smartphone, sehe all die Menschen, die nach israelischen Bombardements Leichenreste ihrer Liebsten aufsammeln und in Tüten mit sich herumtragen; all die Kinder, die im Jahr 2024 nur noch Haut und Knochen sind, weil israelische Politiker ihnen live im Fernsehen sagen, dass sie menschliche Tiere sind, dass sie keinen Strom, keine Lebensmittel und kein Wasser mehr bekommen – und im nächsten Video sehe ich deutsche Nachrichten, in denen es heißt: Dieser Krieg ist nichts weiter als Israels Recht auf Selbstverteidigung. Alle Werte, die ich meinen Kindern beibringen wollte, allen voran die Menschlichkeit, wurden in Deutschland unter den Bus geworfen.

SPIEGEL: Das klingt sehr drastisch.

Leila Rushdi, 37 (Pseudonym): »Sie wundern sich, dass wir wütend sind, dass wir vor Schmerz aufschreien«

Rushdi: Die öffentliche Meinung diffamiert uns als Antisemiten. Sie wundern sich, dass wir wütend sind. Als wären wir verrückt, wenn wir sagen, dass das Leid der Menschen in Gaza sofort aufhören muss. Als würde ich in einer Realität leben und die anderen in einer komplett anderen.

SPIEGEL: An welchen Aussagen machen Sie das fest?

Rushdi: Uns wird ins Gesicht gesagt: Ihr seid wertlos. Wir opfern euch, weil uns die AfD im Nacken sitzt. Wenn der CDUler Friedrich Merz, der wahrscheinlich der nächste Kanzler wird, sagt, wir wollen nicht mehr Männer aus dem arabischen Raum, und migrantische Kinder pauschal Paschas nennt, denke ich an meinen Sohn. Ich erziehe ihn muslimisch, aber selbst, wenn er sich mal anders entscheidet, bleibt er Tarik, der arabisch aussieht.

SPIEGEL: Spielt der Krieg für Sie eine Rolle bei der Frage, wen Sie bei der Bundestagswahl im Februar wählen?

Alle in der Runde nicken.

Hajjaj: Darf ich anfangen? Ich bin 81 Jahre alt und habe nichts mehr zu verlieren. Ich bin eher der rationale Typ, aber ich spüre eine Frustration, wie ich sie vorher nicht kannte, vor allem gegenüber der SPD. Nach 45 Jahren werde ich diese Partei nicht mehr wählen. Ich war von 1972 bis 2003 im Auswärtigen Amt. Ich habe unter anderem die Bundeskanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl auf Reisen in den Nahen Osten begleitet. Diese Männer hatten Rückgrat, sie haben sich immer auch für die Rechte der Palästinenser eingesetzt. Der als vorsichtig belächelte Außenminister Hans-Dietrich Genscher forderte eine Räumung der Siedlungen in den besetzten Gebieten, keinen Siedlungsstopp wie Außenministerin Annalena Baerbock. Heute würde kein einziger deutscher Politiker so etwas öffentlich sagen.

SPIEGEL: Seitdem sind ein paar Jahrzehnte vergangen. Mittlerweile sprechen wir von 700.000 israelischen Siedlern. Wo sollen die hin?

Hajjaj: Die Siedlungen sind das größte Hindernis für eine Zweistaatenlösung. Die Europäische Union hat im April 2024 erstmals Sanktionen gegen radikale Siedlerbewegungen ausgesprochen, das ist viel zu spät. Die Israelis dürfen machen, was sie wollen. Wenn ich der politischen Klasse in Berlin heute zuhöre, merke ich die Unehrlichkeit und die mangelnde Zivilcourage bei Leuten wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Kanzler Olaf Scholz, Innenministerin Nancy Faeser und SPD-Außenpolitikexperte Michael Roth. So auch bei den anderen etablierten Parteien.

SPIEGEL: Können Sie ein Beispiel nennen?

Hajjaj: Wenige Wochen später nach dem 7. Oktober forderte Steinmeier arabischstämmige Menschen in Deutschland dazu auf, sich von der Hamas zu distanzieren. Er sagte, Menschen mit arabischen Wurzeln sollten dem Terror eine Absage erteilen. Zwischen den Zeilen ist klar, wenn man diesen Politikern zuhört: Die Palästinenser sind immer die Täter. Das tut weh. Natürlich gibt es irregeleitete Palästinenser, die Fehler machen, gerade bei Demonstrationen, aber dieser fehlende Wille zu differenzieren, macht mich wütend.

Nadine Joudi: »Der Holocaust ist nicht unsere Schuld, nicht unsere Geschichte, nicht unsere Sünde«

Tischgespräch mit arabischem Mokka: Nach drei Stunden ist es Zeit für ein paar Süßspeisen

SPIEGEL: Kritiker werfen der propalästinensischen Szene vor, sich nicht genug von der Hamas zu distanzieren. Ist dieser Vorwurf falsch?

Hajjaj: Ich finde es schade, dass neben der harten, berechtigten Kritik an Israel wenige Palästinenser dazu bereit sind, auch die Hamas zu kritisieren. Aber dieser Vorwurf suggeriert fälschlicherweise eine automatische Nähe der Palästinenser zur Hamas.

SPIEGEL: Wie erklären Sie sich diesen Wandel der Bundesregierung in den vergangenen Jahrzehnten?

Hajjaj: Die Politiker haben Angst um ihre Karrieren, Angst, als Antisemiten zu gelten, wenn sie Israel kritisieren. Auf Israel und die USA müssen sie Rücksicht nehmen. Und die arabischen Regierungen spielen im Bewusstsein der deutschen Politik heute zu Recht keine Rolle, weil es ihnen an strategischen Konzepten fehlt. Salopp gesagt haben es die arabischen Regierungen auch nicht verdient, dass man auf sie Rücksicht nimmt. Sie sind entweder korrupt oder kümmern sich nur um ihre Wirtschaft. Ein weiteres Problem ist, dass die Palästinenser keine strategischen Verbündeten haben. Ich spreche nicht von Völkern, sondern von Regierungen.

SPIEGEL: Wen werden Sie statt der SPD wählen?

Hajjaj: Ich werde aus Wut – aber durchaus auch aus rationaler Einsicht heraus – das Bündnis Sahra Wagenknecht wählen, weil sie mir als altem SPDler bei der Sozialfrage zuspricht und weil sie den Mut hat, klare Worte zu Palästina zu sprechen.

Beiersdorf-El Schallah: Das wäre mir neu.

Ex-CDUler Aladdin Beiersdorf-El Schallah, 47: »Wo ist denn das christliche Menschenbild der CDU geblieben?«

Hajjaj: Sahra Wagenknecht hat mehr zu Gaza gesagt als jeder andere deutsche Politiker. Schon im Mai 2024 sprach sie von Israels »Kriegsverbrechen« und bezeichnete Gaza als »Freiluftgefängnis seit vielen Jahren«.

Abu El Qomsan: In meinem Umfeld sind viele junge Menschen, die Gaza politisiert hat. Sie werden entweder MERA25 wählen, die Linkspartei, die der ehemalige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis gegründet hat, oder das Bündnis Sahra Wagenknecht. Von anderen Parteien höre ich nichts mehr.

Rushdi: Ich bin noch keine deutsche Staatsbürgerin, ich habe hier keine Stimme, deshalb war ich bis August 2024 auf vielen Demonstrationen. Ich muss meinen Schmerz irgendwie verarbeiten. In meinem Umfeld fragt mich niemand, wie es mir geht.

SPIEGEL: Warum haben Sie aufgehört, dorthin zu demonstrieren?

Rushdi: Mir ist aufgefallen, dass es häufiger eine kleine Gruppe gibt, die provozieren will. Und die Berliner Polizisten lassen sich auch provozieren. Die Gruppe ruft Parolen auf Arabisch, wie »Yalla Intifada«, und die Stimmung wird hitziger.

Joudi: Sorry, aber was ist das Problem mit »Yalla Intifada«?

SPIEGEL: Damit nehmen die Demonstranten Bezug auf die Erste und Zweite Intifada, während denen bei Selbstmordattentaten in Israel Hunderte israelische Zivilisten getötet wurden. Finden Sie das unproblematisch?

Joudi: Für mich ist das eine Reduzierung des Begriffs. Intifada bedeutet erst einmal etwas abschütteln, das Volk erhebt sich gegen staatliche Gewalt. Alles, was die Palästinenser in der eurozentristischen Wahrnehmung des Begriffs Intifada machen, ist eine Aktion, aber nie eine Reaktion auf jahrzehntelange Unterdrückung. Keiner bejubelt damit automatisch die zivilen Opfer, die gezielt angegriffen wurden.

SPIEGEL: Das sehen viele jüdische Mitbürger anders. Sie fühlen sich von solchen Parolen bedroht.

Joudi: Die Zahlen der vergangenen Jahrzehnte sprechen für sich, es wurden so viel mehr Palästinenser getötet als Israelis. Und doch nehmen die Menschen in Deutschland nur die Israelis als Opfer wahr.

SPIEGEL: Ist das wirklich so? Auch viele Jüdinnen und Juden beklagen nach dem 7. Oktober fehlende Empathie.

Rushdi: Ich kann das bestätigen, mit meinem Sohn geht ein israelischer Junge in die Schule. Sie kennen viele christliche Lieder und Bräuche von zu Hause nicht. Ich sehe beiden an, dass sie sich oft unwohl fühlen, zum Beispiel bei Konzerten. Lehrer und Lehrerinnen müssen jüdische und muslimische Kinder mitnehmen.

Hajjaj: Ich verstehe auch, wenn Jüdinnen und Juden kritisch von einer zur Schau gestellten Empathie sprechen, von Sonntagsreden, aber im Vergleich zu den Palästinensern gibt es immerhin Empathie von offizieller Seite.

Beiersdorf-El Schallah: Ich war letzts in einer Moschee und habe vor 180 muslimischen Jugendlichen gesprochen. Manche haben mich gefragt, wen sie wählen sollen, weil ihnen die mangelnde Empathie auffällt. Gaza war das Thema. Ich habe ihnen gesagt, dass mit Blick auf den Krieg keine der etablierten Parteien wählbar ist, sie aber wählen gehen sollen. Ich erlebe es so, dass die Parteien eine einseitige Solidarität mit der israelischen Regierung zeigen und das Leid der palästinensischen Zivilbevölkerung ausblenden. Kritik an der israelischen Regierung wird nahezu vollständig vermieden. Außerdem haben SPD, Grüne, FDP, Union und AfD im vergangenen November den Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus nach der umstrittenen IHRA-Richtlinie durchgewinkt.

SPIEGEL: Sie sprechen von der International Holocaust-Remembrance-Alliance-Definiton. Was stört Sie daran?

Beiersdorf-El Schallah: Kritik an Israels Regierung oder deren militärischen Vorgehen gilt damit viel zu schnell als Antisemitismus. Für mich ist diese Resolution aus dem deutschen Schuldbewusstsein entstanden. Die schmerzlichste Erkenntnis für mich als Politiker ist, dass in Deutschland ein tief verankerter Druck existiert, sich im komplexen Nahostkonflikt eindeutig zugunsten der israelischen Regierung zu positionieren. Wer diesen Druck nicht akzeptiert und versucht, differenziert zu argumentieren, läuft Gefahr, ausgegrenzt oder diskreditiert zu werden. »Nie wieder« gilt eben nicht für alle. Daher ist die deutsche Erinnerungskultur für mich gescheitert. Jugendliche lernen in den Schulen Werte, die draußen nicht gelten. Ich musste mir die Frage stellen: Wo ist das christliche Menschenbild der CDU geblieben?

SPIEGEL: Sie erklärten Ihren Austritt aus der CDU vor ein paar Wochen als »Entscheidung des Gewissens«.

Beiersdorf-El Schallah: Ich war mal bei einem Bürgerdialog und habe den Menschen Merkmale aufgezählt, sie sollten raten, auf welchen Staat diese zutreffen: Minderjährige werden festgenommen und inhaftiert, ohne Gerichtsprozess. Der Staat kann die Haft beliebig verlängern, ohne Anklage. In den Gefängnissen wird gefoltert. Menschen werden enteignet und aus ihren Häusern vertrieben. Menschen dürfen sich nicht frei von A nach B bewegen. Willkür ist Alltag. Die meisten im Raum wussten, dass meine Eltern aus Syrien kamen, deshalb hieß es: der IS. Als ich sagte, nein, das alles passiert in den von Israel besetzten Gebieten, fielen denen die Kinnladen runter.

SPIEGEL: Sie glauben, die deutsche Mehrheitsgesellschaft hätte ein allzu positives Bild von Israel?

Beiersdorf-El Schallah: Viele Deutsche wollen Israel nicht als Besatzungsmacht sehen. Wenn ich Menschen in meinem nicht muslimischen Umfeld Bilder zeige, von etwas, das vor einer Stunde in Gaza passiert ist, sagen die: Ich habe gehört, die machen Deep Fakes.

Abu El Qomsan: Auf Social Media glaubt mir auch niemand, dass wir über 80 Verwandte in diesem Krieg verloren haben. Die sagen: Zeig mir mal Leichenbilder. Selbst Bilder der Leichensäcke werden angezweifelt.

SPIEGEL: Wie gehen Sie zu Hause mit dem Verlust Ihrer Familienmitglieder um?

Iman Abu El Qomsan, 25: »Die Vertreibung der Palästinenser spielte in meiner Schulzeit keine Rolle«

Abu El Qomsan: Letztens hatte meine kleine Schwester Geburtstag, und meine Mutter hat sich fünfmal überlegt, ob wir eine Feier machen. Im vergangenen November ist die älteste Schwester meines Vaters getötet worden, sie hatte tagelang unter Trümmern gelegen und ist gestorben, weil kein Rettungswagen durchkam. Ich war auf der Arbeit, als mein Vater mich anrief. Ich habe ihn noch nie zuvor weinen gehört. Mein Vater ist Arzt, er hatte gleich danach eine Operation. Er rettete Menschenleben, während er gleichzeitig das Leben seiner eigenen Schwester nicht retten konnte.

SPIEGEL: Kürzlich hat das Verwaltungsgericht in Regensburg die Entscheidung einer Einbürgerungsbehörde bestätigt, die einem Palästinenser die Einbürgerung verweigerte, weil er Israel nicht anerkennt. Finden Sie das richtig oder falsch?

Hajjaj: Ich halte es für irrsinnig. Das züchtet neue Antisemiten heran. Für mich ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels nicht verhandelbar, aber sie gehört nicht in ein solches administratives Verfahren. Das macht Deutschland lächerlich.

Beiersdorf-El Schallah: Wir haben ein neutrales Grundgesetz, das unterschiedliche Sichtweisen weitgehend schützen will. Ich sehe in der Politik aber ein Problem des Vokabulars. Menschen aus dem Nahen Osten wird damit grundsätzlich unterstellt, sie hätten den Antisemitismus importiert. Das ist falsch und geschichtsvergessen.

SPIEGEL: In Deutschland weisen laut einer Studie der Uni Leipzig aus dem Jahr 2020 40,5 Prozent der befragten Muslime israelbezogenen Antisemitismus auf.

Beiersdorf-El Schallah: Doppelmoral und Rassisten gibt es unter uns Arabischstämmigen auch, egal ob Muslim oder Christ. Jüdische Einrichtungen und Synagogen in Deutschland stehen schon lange unter Polizeischutz. Laut den bundesweiten Fallzahlen des Bundeskriminalamts sind rund 60 Prozent der antisemitischen Straftaten 2023 auf das rechte Milieu zurückzuführen. Das heutige Verständnis von Antisemitismus hat etwas mit der Systematik der Nazis zu tun, wie sie die Juden in Deutschland vernichtet haben. Das ist nicht dasselbe wie antijüdischer Rassismus in arabischen Ländern.

Joudi: Es ist ironisch und zugleich zynisch: Einerseits hat Deutschland es geschafft, die Vernichtung der Juden so gut zu dokumentieren und eine Erinnerung aufrechtzuerhalten, auch in den Schulen. Und auf der anderen Seite ist Deutschland gerade so gut darin, wegzuschauen bei diesem Vernichtungskrieg, der live übertragen wird, und ihn auch noch zu rechtfertigen. Das entfremdet mich von diesem Land in einem Ausmaß, für das ich keine Worte finde.

SPIEGEL: Haben Sie kein Verständnis dafür, dass Deutschland nach dem Holocaust ein spezielles Verhältnis zu Israel hat?

Joudi: Ich habe kein Verständnis dafür, dass von den Palästinensern ständig verlangt wird, dass sie ihre Empathie gegenüber Israelis ausdrücken sollen. Was in Gaza passiert, ist ein Genozid. Das sage nicht nur ich, das sagen internationale Menschenrechtsorganisationen. Ich wehre mich dagegen, dass wir als Araber, wenn wir nach Deutschland kommen, die deutsche Last des Holocaust mitübernehmen müssen. Der Holocaust ist nicht unsere Schuld, nicht unsere Geschichte, nicht unsere Sünde.

SPIEGEL: Aber ist es nicht notwendig, die Geschichte eines Landes zu verstehen und zu respektieren, wenn man dorthin einwandert?

Rushdi: Doch. Und ich habe den jüdischen Schmerz erst in Deutschland verstanden.

SPIEGEL: Wie kam es dazu?

Rushdi: Ich habe im Rahmen des Deutschkurses das Deutsche Historische Museum besucht. Ich habe mich ein wenig von der Gruppe entfernt und mir die Details des jüdischen Lebens in Deutschland angesehen, zum Beispiel wie die Augenfarbe und Haarfarbe von jüdischen Kindern geprüft wurde. Oder die jüdischen Kinder, die jeden Tag kilometerweit zur Schule laufen mussten. Mir hat es, gerade als Mutter, das Herz zerrissen. Das war augenöffnend für mich. Ich wusste nichts über das jüdische Trauma in Europa, das von Generation zu Generation weitergegeben wird.

SPIEGEL: Wie wurde damals in Ihrem Geschichtsunterricht über Israel und über Juden gesprochen?

Rushdi: In Ägypten lernen wir erst über die jüdische Geschichte ab 1948 mit der Staatsgründung Israels. Wir sprechen über das zionistische Gebilde Israel, das die Vertreibung der Palästinenser zur Folge hatte.

SPIEGEL: Der Holocaust wurde bewusst ausgespart?

Rushdi: Uns wurde im Unterricht ausschließlich die ägyptische Geschichte gelehrt. Die Pharaonen allein haben mich als Schülerin vier Jahre lang beschäftigt. Für uns hieß es, dass die christlichen und jüdischen Minderheiten in der arabischen Welt friedlich miteinander gelebt hätten, bis Israel gegründet wurde.

SPIEGEL: Wie war es in Syrien, Frau Joudi?

Joudi: Bei uns wurde leider nicht zwischen Juden und Zionisten unterschieden. Wir haben Juden nur als Feindbilder kennengelernt. Das ist ein sehr großes Problem, ich habe dieses Denken schon in Syrien abgelegt. Aber zur ganzen Wahrheit gehört, dass der Staat Israel aus jedem Juden einen Israeli machen will. Und die Israelis machen aus jedem Zivilisten einen Soldaten. Sie verstärken diese Verwässerung.

SPIEGEL: Wie sah es in Ihrem Geschichtsunterricht in Deutschland aus, Frau Abu Al Qumsan?

Abu El Qumsan: Ich finde es wichtig, dass der Holocaust so viel Platz einnimmt. Aber die Vertreibung der Palästinenser spielte in meiner Schulzeit keine Rolle. Wir waren die einzige muslimische Familie in einer kleinen Stadt in Nordrhein-Westfalen. Für manche kam ich einfach aus Israel.

SPIEGEL: Wie haben Sie darauf reagiert?

Abu Al Qumsan: Ich habe das aufgeklärt, erzählt, dass meine Großeltern aus Palästina vertrieben wurden. Und am nächsten Tag hieß es wieder von Mitschülern: Wie geht es deiner Familie in Israel? Meine kleine Schwester besucht noch die Schule. Der 7. Oktober

wird bei ihr thematisiert, aber die israelische Besatzung und die Tötung von mindestens 45.000 Palästinensern durch Israel wird nicht erwähnt. Selbst im Schulunterricht gibt es Menschen erster und zweiter Klasse. Nach dem 7. Oktober kam sie mit einer Landkarte Israels heim, auf der weder das Westjordanland noch Gaza eingezeichnet waren.

SPIEGEL: Wie wurde das in Ihrer Familie diskutiert?

Abu El Qomsan: Meine Eltern haben uns immer beigebracht, dass es einen Unterschied gibt zwischen Juden und radikalen israelischen Organisationen, die unsere Familien vertrieben haben und heute Gaza, das Westjordanland und Ostjerusalem besetzen.

SPIEGEL: Informieren Sie sich über die klassischen Medien oder über soziale Medien?

Joudi: Social Media ist für mich die einzige Möglichkeit, den Krieg in Gaza zu verfolgen.

Gleichzeitig ist für mich eine große psychische Last. Ich habe meinen Account mehrmals gelöscht und wieder aktiviert.

Hajjaj: Ich schaue deutsche Nachrichtensender kaum mehr, weil sie viel zu unkritisch die Aussagen der israelischen Armee wiedergeben. Ich informiere mich vor allem über die israelische Zeitung »Haaretz«, die BBC und Schweizer Medien. So einseitig wie heute ist die Berichterstattung in Deutschland noch nie gewesen.

Abu El Qomsan: Am Tag vor der Verteidigung meiner Abschlussarbeit in Chemieingenieurwesen hatte ich mir vorgenommen, mein Handy zur Seite zu legen. Dann bekam ich die Nachricht einer Freundin: Ich habe gerade deinen Nachnamen bei Al Jazeera gehört. Die Israelis hatten das Haus in Dschabalia, wo meine Mama aufgewachsen ist, bombardiert. Sieben Familienmitglieder wurden getötet, zehn Männer festgenommen. Ohne die Berichterstattung von Al Jazeera hätte ich nichts mitbekommen.

»Die Waffenruhe gibt uns Hoffnung und Zeit, zu trauern.«

SPIEGEL: Sie haben im Fernsehen erfahren, dass Sie Familienangehörige verloren haben?

Abu El Qomsan: Ja, die Geschichte meines Großcousins sorgte international für Schlagzeilen. Er wollte die Geburtsurkunden seiner neugeborenen Zwillinge abholen. Doch währenddessen wurde sein Haus bombardiert. Als er zurückkam, waren seine Frau, seine Schwiegermutter und seine Zwillinge tot. Sie waren vier Tage alt.

SPIEGEL: Haben Sie noch Kontakt zu ihm?

Abu El Qomsan: Ja, wir haben gestern erst geschrieben. Mohammed ist am Boden zerstört. Alles, was ihm wichtig war, hat Israel ihm genommen. In seinen Storys auf Instagram teilt er immer dasselbe: Bilder seiner Frau und seiner Kinder. Ich habe einen Spenden-Link für ihn erstellt, damit ich mich nicht mehr so ohnmächtig fühle.

Mehr zum Thema

Streitgespräch über Nahost: »Dieser Krieg ist notwendig« – »Da kommen wir nicht zusammen« Ein SPIEGEL-Gespräch von Laura Backes und Tobias Rapp

»Dieser Krieg ist notwendig« – »Da kommen wir nicht zusammen«

Berliner Juden über Alltag und Antisemitismus: »Ich habe viel Unterstützung von AfDlern bekommen« – »Nein, sorry, das ist unzulässig« Ein SPIEGEL-Gespräch von Paula Haase und Hannes Schrader

»Ich habe viel Unterstützung von AfDlern bekommen« – »Nein, sorry, das ist unzulässig«
Israels Siedlungspläne: »In einem Jahr leben wir in Gaza«

»In einem Jahr leben wir in Gaza«

Das Gespräch wurde vor der Einigung auf eine Waffenruhe geführt. Wir haben die Teilnehmenden hinterher noch mal dazu befragt.

SPIEGEL: Mittlerweile gibt es eine Waffenruhe. Welche Gedanken sind Ihnen bei dieser Nachricht gekommen?

Rushdi: Um die Wurzel des Problems – Israels illegale Besatzungspolitik – anzugehen, wird es Jahre unermüdlicher Arbeit benötigen. Ich bin nicht sicher, wie das bei einem solchen Machtungleichgewicht und einer beschämenden westlichen Voreingenommenheit funktionieren soll. Aber zumindest bin ich froh, dass diese mittelalterliche Episode der Barbarei endet.

Hajjaj: Ich begrüße die Waffenruhe, befürchte aber, dass sich die Katastrophe in ein paar Jahren wiederholen wird, solange es keinen echten politischen Druck auf beide Seiten gibt, vor allem auf Israel.

Beiersdorf-El Schallah: Endlich endet das Töten. Es muss jetzt um die Versorgung der Menschen und den Wiederaufbau in Gaza gehen, und die Apartheid in den besetzten Gebieten muss aufhören. Palästinenser und Israelis verdienen ein Leben in Frieden und Selbstbestimmung.

Wie diese Geschichte entstanden ist

Fünf Menschen mit arabischen Wurzeln aus ganz Deutschland kurz nach Weihnachten an einen Tisch in Berlin zu bringen, war nicht ganz unkompliziert, aber die Deutsche Bahn benahm sich vorbildlich, alle kamen pünktlich an. Bei den Getränken war sich die Runde erstaunlich einig: nur Sprudelwasser, bitte. Mehr Integration geht nicht, scherzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Tisch, unter ihnen Aladdin Beiersdorf-El Schallah, gebürtiger Bonner mit syrischen Wurzeln. Denn in der arabischen Welt ist Wasser mit Kohlensäure ziemlich unbeliebt. Mehr als drei Stunden saß die Gruppe mit Redakteurin Dunja Ramadan (l.) zusammen, um über den Krieg in Gaza, Deutschlands Rolle darin, die bevorstehende Wahl, die Entfremdung von der deutschen Politik und Gesellschaft und die eigene Gemeinschaft zu sprechen. »Ich hatte das Gefühl, dass nach dem Gespräch allen ein wenig leichter ums Herz war. Sie wollten sprechen«, sagt Ramadan.

Abu El Qomsan: Die Waffenruhe gibt uns Hoffnung und Zeit, zu trauern, aber sie wurde vor acht Monaten genauso vorgeschlagen. Doch Israels Premier Benjamin Netanyahu lehnte immer wieder ab, und Deutschland lieferte auch noch Waffen.

Joudi: Ich spüre Erleichterung, dass keine weiteren Menschen in den kommenden Stunden ihre Gliedmaßen, Kinder oder ihre ganzen Familien verlieren müssen. Jetzt ist die Zeit für Trauer und Reflexion über eines der schlimmsten Jahre für Gaza und eines der beschämendsten Jahre für die internationale Gesellschaft.

SPIEGEL: Wir danken Ihnen für das Gespräch.